

Übermäßigen Alkoholkonsum auch von Kindern und Jugendlichen wirksam bekämpfen

Die CSU-Fraktion ist besorgt über den steigenden **Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen**. Damit verbunden sind **gravierende Gesundheitsgefahren** und ein **dramatischer Anstieg von Straftaten** Heranwachsender, die unter Alkoholeinfluss begangen wurden. Auf der anderen Seite **sind wir aber gegen eine pauschale Verurteilung aller Jugendlichen**. Die große Mehrheit junger Menschen gestaltet ihre Freizeit sinnvoll und verantwortungsbewusst. Dennoch dürfen wir **vor den Problemfällen die Augen nicht verschließen**.

Unser **Ziel** ist es, **übermäßigen Alkoholkonsum von jungen Menschen wirksam zu bekämpfen**. Um eine verlässliche Datengrundlage für die Beratung der zu diesem Zweck zu ergreifenden Maßnahmen zu erhalten, haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, dem Landtag über das Ausmaß und den Anstieg des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen in Bayern zu berichten. In dem **Bericht** soll auch auf die Situation in den bayerischen Städten, in denen die Sperrstunde vorgezogen ist, und in Baden-Württemberg,

wo durch gesetzliche Regelungen der Verkauf von Alkohol in allen Verkaufsstellen nach 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr verboten ist, eingegangen werden. Außerdem sollen darin die Erfahrungen mit den geltenden ärztlichen Meldepflichten und möglichen Testkäufen aufgenommen werden.

Des Weiteren haben wir die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag ein **Gesamtkonzept** zur Eindämmung des Alkoholmissbrauchs bei Kindern und Jugendlichen vorzulegen. Dazu sollen u. a. ein „**Präventionspakt Bayern**“ auf den Weg gebracht und geprüft werden, wie die Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten verstärkt werden kann. Außerdem wollen wir, dass die geltenden Jugendschutzbestimmungen effektiv durchgesetzt werden.

Schließlich haben wir die Staatsregierung gebeten, eine **freiwillige Selbstverpflichtung** der Gaststättenbranche, des Einzelhandels, der Tankstellen sowie der Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen und Flughäfen im Hinblick auf den Verkauf hochprozentiger Alkoholika zu prüfen.

Für die CSU-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag **nur ein erster Schritt**. Gesetzgeberischen Reformen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Hier

werden wir, auch in Auseinandersetzung mit unserem Koalitionspartner, weiter am Ball bleiben.

Gesamtkonzept Bahnknoten München zügig umsetzen

Das **Gesamtkonzept der Staatsregierung für den Bahnknoten München** sieht die **zweite S-Bahn-Stammstrecke, die Flughafenanbindung über den Ostkorridor, den Erdinger Ringschluss mit Neufahrner Kurve und Walpertskirchner Spange sowie den Ausbau und die Elektrifizierung** der wichtigen Güter- und Personenverkehrsstrecke **München-Mühldorf-Freilassing** vor. Die CSU-Fraktion hat dieses Gesamtkonzept in einem **Dringlichkeitsantrag** begrüßt und gefordert, es zügig umzusetzen.

Die Staatsregierung soll außerdem umgehend Gespräche mit dem Bund über die zur **Finanzierung** erforderlichen Bundesmittel führen. Gleichzeitig stehen wir dazu, dass auch die notwendigen Landesmittel entsprechend dem Baufortschritt bereitgestellt werden.

Die CSU-Fraktion hat in dem Dringlichkeitsantrag außerdem die **Einrichtung von Regionalzügen** zur Flugha-

fenanbindung aus Ostbayern und über die Walpertskirchner Spange aus Südostbayern sowie die Absicht der Staatsregierung, die Direktanbindung des Flughafens aus Ostbayern über Freising und einen Nord-Süd-Bahnhof am Flughafen München zu prüfen, begrüßt. Gleiches gilt für die Bereitschaft der Staatsregierung, aus dem „**Olympiapaket**“ u. a. die Realisierung der Sendlinger Spange voranzutreiben und die Planungen für einen viergleisigen Ausbau der S-Bahn von Pasing nach Eichenau fortzuführen. Des Weiteren haben wir uns für den Weiterbau der U 5 nach Pasing ausgesprochen.

Schließlich unterstützt die CSU-Fraktion die Absicht der Staatsregierung, die Maßnahmen, für die bereits die Planung begonnen wurde und die bis zum Jahr 2019 aus GVFG-Mitteln finanziert werden sollen (**z. B. S-Bahn Nürnberg, Mobilitätsdrehschreibe Augsburg, ÖPNV-Würzburg**) zu verwirklichen.

Ansiedlung von gewerblichen Spielhallen wirksam steuern

In **letzter Zeit** ist festzustellen, dass sich **verstärkt gewerbliche Spielhallen in bayerischen Städten und Ge-**

meinden ansiedeln. Dies wird in **vielen Kommunen mit Sorge gesehen**. Dabei klagen die Kommunen auch da-

rüber, dass sie über keine ausreichende rechtliche Handhabe verfügen, dieser Entwicklung vor Ort wirksam zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, in einem **Bericht** darzustellen, wie sich die Ansiedlung gewerblicher Spielhallen in Bayern seit letztem Jahr entwickelt hat und wie die Kommunen mit

dem ihnen zur Verfügung stehenden **rechtlichen Instrumentarium** umgehen, um die Ansiedlung gewerblicher Spielhallen im Gemeinde- oder Stadtgebiet zu steuern. Außerdem soll auch darüber berichtet werden, welche Möglichkeiten Kommunen in anderen Bundesländern haben, **spezielle Steuern auf Spielautomaten bzw. -geräte** zu erheben.

Klebefleisch besser kennzeichnen

Der Einsatz von technologischen Entwicklungen bei der Herstellung von Lebensmitteln schreitet rasch voran. **Innovative Produkte werden von den Verbrauchern auch durchaus geschätzt.** Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sie klar und verständlich über die Produkte informiert werden. **Nur Offenheit und Transparenz schafft das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittel.**

Deshalb hat sich die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** für eine **deutliche Kennzeichnung** von so genanntem **Klebefleisch** eingesetzt. Die Staatsregierung soll im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen und sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union auffordern, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für diese Kennzeichnung zu schaffen.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Beteiligungsrechte des Landtags gegenüber der Staatsregierung ausgestalten

Am 30. Juni 2009 hat das **Bundesverfassungsgericht** entschieden, dass die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in EU-Angelegenheiten gestärkt werden müssen. Am 1. Dezember 2009 ist außerdem der **Ver-**

trag von Lissabon in Kraft getreten, der die nationalen Parlamente in das Subsidiaritätsfrühwarnsystem einbezieht. Dies hat auch Folgewirkungen auf die Beteiligungsrechte des Landtags gegenüber der Staatsregierung.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion einen **Gesetzentwurf** auf den Weg gebracht, um das geltende Par-

lamentsinformationsgesetz zu einem neuen **Parlamentsbeteiligungsgesetz** fortzuentwickeln. Die neue Bezeichnung soll zum Ausdruck bringen, dass sich die Beteiligungsrechte des Landtags gegenüber der Staatsregierung nicht in einer Information erschöpfen, sondern die Stellungnahmen des Landtags von der Staatsregierung auch berücksichtigt werden müssen.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz bezieht darüber hinaus das **Subsidiaritätsfrühwarnsystem** in die gesetzliche Regelung mit ein, weist im Hinblick auf die Integrationsverantwortung ausdrücklich auf die besondere Berücksichtigungspflicht der Staatsregierung in Angelegenheiten der ausschließlichen Landesgesetzgebung hin und hebt die kommunale Daseinsvorsorge gesondert hervor.

Außerdem wollen wir die **Vereinbarung** zwischen Landtag und Staatsregierung, die die Einzelheiten der gesetzlich geregelten Informationspflicht näher ausgestaltet, in Bezug auf **Angelegenheiten der Europäischen Union** unter Berücksichtigung des neuen Parlamentsbeteiligungsgesetzes neu fassen.

Zwangsheirat verhindern und Opfern Hilfe anbieten

Immer wieder wird in den Medien über Fälle von **Zwangsheirat** berichtet. Diese sind **weder mit unserem christlichen Menschenbild noch mit den im Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechten vereinbar**. Es ist der CSU-Fraktion deshalb ein **wichtiges Anliegen, Zwangsheirat** in unserem Land so weit wie möglich **zu verhin-**

dern. Dies kann aber nur gelingen, wenn die **betroffenen Migrantinnen selbst dafür gewonnen werden können, aktiv gegen Zwangsheirat vorzugehen**. Wir müssen sie über ihre Rechtsstellung in unserer freiheitlichen Gesellschaft informieren und ermutigen, die Heirat als eine höchstpersönliche Entscheidung zu begreifen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem Antrag um einen ausführlichen **Bericht** gebeten. So wollen wir etwa wissen, **wie Mädchen und Buben bereits in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein auf der Gleichberechtigung der Geschlechter basierendes Rollenverständnis vermittelt wird**. Außerdem soll darüber berichtet werden, welche **Beratungs- und Hilfsangebote** es für von Zwangsverheiratung bedrohte Migrantinnen und Migranten gibt und wie etwaige Zugangshemmnisse abgebaut werden können.

Darüber hinaus wollen wir uns natürlich auch der **Opfer** von bereits erfolgter Zwangsheirat annehmen. Hierzu soll die Staatsregierung insbesondere darüber berichten, ob den Opfern eine **sichere Unterbringung außerhalb ihres häuslichen Umfelds** zur Verfügung gestellt werden kann.

Schließlich wird sich die CSU-Fraktion auch weiterhin dafür einsetzen, dass die **straf- und zivilrechtlichen Instrumente** für einen wirksameren Schutz vor Zwangsheirat verbessert werden.

Förderung der Fischerei in Bayern vereinfachen

Die CSU-Fraktion hat **Erleichterungen für die bayerischen Teichwirte durchgesetzt**. So soll, wie wir in einem Antrag zum Ausdruck gebracht haben, in den Richtlinien zur Förderung der Fischerei die bislang vorgeschriebene **Prosperitätsprüfung vereinfacht** werden. So müssen einem Förderantrag künftig nicht mehr die letzten drei Steuerbescheide beigefügt werden. Vielmehr soll eine **bindende Eigenerklärung des Antragstellers ausreichend** sein. Diese soll durch Stichproben kontrolliert werden. Damit **bauen wir bürokratische Hürden ab** und leisten einen wichtigen Beitrag, dass Bayern auch in Zukunft von intakten Teichlandschaften geprägt wird.

Mehr Kapazitäten für die Fahrradmitnahme in Zügen schaffen

In Bayern wurde die **Fahrradmitnahme in Zügen** zuletzt durch die **Fahrrad-Kurzstreckenkarte** und die Ausweitung der **Gültigkeit aller Fahrradtickets auf die Fahrräder der eigenen Kinder und Enkel bis zu 14 Jahren attraktiver gemacht**. Diese Angebote gelten bayernweit.

Nun **muss aber auch gewährleistet sein, dass in den Zügen ausreichende Kapazitäten für die Fahrradmitnahme vorhanden sind**. Vor allem in Ferienregionen sollten die Voraussetzungen für eine reibungslose Fahrradmitnahme weiter verbessert werden. Dies haben wir in einem Antrag gefordert.

Bau- und Zivilrecht im Bereich Außendämmung verbessern

Durch effektive Wärmeschutzmaßnahmen, z. B. die Anbringung von Außendämmungen, kann die Energieeffizienz von Gebäuden gesteigert und der Ausstoß von Kohlendioxid verringert werden. Darin liegt – neben der Kostenersparnis – auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Außendämmungen haben regelmäßig eine Dicke von 10 bis 15 Zentimetern. **Da – gerade in dicht besiedelten Gebieten – Abstandsflächen zwischen den Gebäuden aber häufig voll ausgenutzt werden, wird der rechtlich vorgeschriebene Mindestabstand bei nachträglich vorgenommenen Außendämmungen oftmals unterschritten**. Dies hat zur **Folge, dass Nachbarn solche Energieeffizienzmaßnahmen verhindern bzw. zumindest erschweren können**.

Vor diesem Hintergrund haben wir von der Staatsregierung einen **Bericht** verlangt, ob und welche Probleme bei den Abstandsflächen bzw. beim Überbau im Zusammenhang mit der energetischen Gebäudesanierung im öffentlichen Bau- und im Zivilrecht bestehen. Außerdem soll die Staatsregierung **Lösungsvorschläge** vorlegen, wie diese beseitigt werden können.

Baustoff Holz verstärkt einsetzen

Bereits vor zwei Jahren hat der Landtag auf Initiative der CSU-Fraktion beschlossen, dass bei Neubauten von staatseigenen Verwaltungsgebäuden Holzbau zum Tragen kommen soll, wenn die funktionalen, konstruktiven

und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies zulassen.

Auf dieser Grundlage **wollen wir wissen, wie der Einsatz von Holz als Baustoff unter Berücksichtigung der Energieeffizienz des Bauens und des Klimaschutzes zu bewerten ist.** In die Betrachtung soll, wie wir in einem Antrag betont haben, auch der Zeitraum von der Rohstoffgewinnung bis zum Rückbau am Ende der Nutzungsphase eines Gebäudes einbezogen werden.

Wald-Klima-Fonds einrichten

In einem Antrag haben wir uns **für die Einrichtung eines bundesweiten Wald-Klima-Fonds eingesetzt.** Dieser soll **neue Impulse zur Anpassung der Wälder und Forstbetriebe an den Klimawandel sowie für den Klimaschutz durch Wald und Holz** geben. Wir sind der Meinung, dass der Fonds **aus Einnahmen aus dem Immissionshandel finanziert** werden und möglichst bereits ab dem Jahr 2011 seine Arbeit aufnehmen soll.

Auf Polizeibegleitung bei Genehmigung von Schwertransporten verzichten

Derzeit werden im Rahmen eines **Modellversuchs im Regierungsbezirk Oberpfalz Großraumtransporte mit einer Breite zwischen 3,50 und 4 Metern ohne Polizeibegleitung** durchgeführt. In einem Antrag haben wir uns dafür ausgesprochen, nach Ablauf eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr zu **überprüfen, ob eine Übertragung dieses Modells**

auf weitere Regierungsbezirke möglich ist.

Landessportbeirat um einen Sitz für einen Vertreter des Sports für Menschen mit Behinderung erweitern

Der Landessportbeirat hat die Aufgabe, den Landtag und die Staatsregierung in grundsätzlichen Fragen des Sports zu beraten. Darin sind die wichtigsten Sportverbände, die Sportvereine, die Sportpresse, die Sportwissenschaft und die Sportlehrer vertreten. Allerdings **hatte der Bereich des Sports für Menschen mit Behinderung bislang keine eigene Vertretung im Landessportbeirat.**

Die CSU-Fraktion hat nun einen **Gesetzentwurf** eingebracht, um dies zu ändern: **Künftig soll auch der Behindertensport im Landessportbeirat Sitz und Stimme erhalten, um seine Interessen dort eigenständig vertreten zu können.**

Schulbauverordnung den Erfordernissen von Ganztagschulen anpassen

Ganztageschulen haben einen **differenzierten Raumbedarf.** Lern-, Ruhe-, Sport-, Rückzugs- und Spielmöglichkeiten für die Schüler können hierfür je nach pädagogischem Konzept genauso dazugehören wie Räume für Theater oder Musik.

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, im Landtag darüber zu **berichten, inwieweit die Schulbauverordnung diesen Ansprüchen entspricht** und sie in der Praxis umgesetzt werden.

Über die Entwicklung der Netze für Kinder berichten

Die **Netze für Kinder** – eine Betreuungsform, die unter professioneller Leitung einer Erzieherin steht und Eltern durchgängig in die Betreuungsarbeit einbezieht – **leisten einen wichtigen Beitrag zur Familienbildung**, führen junge Familien zusammen und stärken sie im Alltag.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung aufgefordert, im Landtag ausführlich über die quantitative und qualitative Entwicklung dieser Netze für Kinder zu berichten.

Landkindergärten noch besser fördern

Kindergärten sind für die **Stärkung des ländlichen Raumes** von entscheidender Bedeutung. Wenn die Eltern keinen Kindergarten vor Ort finden, droht eine Abwanderung zu Kommunen mit einer besseren Infrastruktur für Familien und damit ein Ausbluten des ländlichen Raumes. Deswegen hat die **CSU-Fraktion beschlossen**, sich für eine **weitere Verbesserung** der Förderung der Kindergärten nach der sog. **Landkindergartenregelung** einzusetzen. Unser Ziel ist es, dass trotz der demographischen Entwicklung auch künftig flächendeckend Kindertageseinrichtungen vor Ort bestehen.